

Bezugspreis: Vierteljährlich 12.- M. monatlich 12.- M. ...

Anzeigenpreis: Die zehngetragene Kondorei-Beilage ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Mittwoch, den 30. November 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Der Elektrizitätsstreik beendet.

Das Ergebnis der Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium ist die Bewilligung sämtlicher Forderungen der Streikenden.

Ab 1. Oktober werden für die Gruppen 1 bis 4 pro Jahr die Gehälter um 500 M. erhöht.

Die Streikleitung hat beschlossen, der Funktionsversammlung am Mittwochabend die Wiederaufnahme der Arbeit zu empfehlen.

Am Dienstag morgen setzte der Streik der Angestellten der städtischen Elektrizitätswerke ein.

Der Anlaß zu diesem neuen tief in das Berliner Wirtschaftsleben einschneidenden Streik war ein Konflikt des Magistrats mit denjenigen Angestellten, die es bisher abgelehnt haben, sich in die Befolungsordnung einreihen zu lassen.

Im letzten Stadium der Verhandlungen über die Angestelltenforderungen mußten auch die über den achten Lohnsatz der städtischen Arbeiter ausgenommen werden.

und beschloß, die Angelegenheit dem Schlichtungsausschuß zu unterbreiten. Dieser hat im Laufe des Dienstag getagt und einen Schiedsspruch gefällt.

Der Schiedsspruch bleibt also hinter den Forderungen der Arbeiter zurück, geht aber weit über das Angebot des Magistrats hinaus.

Die Reichsregierung zur Teuerung.

Berlin, 29. November. Das Reichskabinett beendete heute nachmittag unter Teilnahme der preussischen Minister seine Beratungen über die durch die Teuerung geschaffene Lage.

Ferner beschloß das Kabinett, die bestehenden Preisprüfungsstellen durch Kommissionen zu ergänzen, wie sie sich in manchen Städten bereits frei gebildet haben.

Zur Besserung der Milchversorgung werden in dem Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft für 1920/21 vierhundert Millionen Mark bereitgestellt werden.

Internationaler Besuch beim Reichskanzler.

Der Reichskanzler empfing gestern nachmittag in Anwesenheit des Reichspräsidenten die Mitglieder der Genfer internationalen Arbeitskonferenz.

möglichen, die sich aus dem Schiedsspruch ergebenden Mehrausgaben zur Verfügung zu haben.

Der Konflikt mit den Angestellten ist beigelegt. Hoffentlich gelingt es nun, durch einträchtiges Zusammenarbeiten und Beseitigung aller Konflikte auf dem Wege der Verständigung die kommunale Wirtschaft Groß-Berlins vor neuen Erschütterungen zu bewahren!

Die Maschinenmeister im Berliner Angestelltenstreik.

Ueber Vorgeschichte und Entwicklung des Streiks der Angestellten der Berliner Elektrizitätswerke berichtete Bevollmächtigter Reinefeld am Dienstag in der Generalversammlung des Verbandes der Heizer und Maschinenisten.

Von uns kommen bei dieser Tarifbewegung der Angestellten die Maschinenmeister in Frage. In einer Zusammenkunft hatten sie sich bereit erklärt, ebenfalls in den Streik zu treten.

amerikanischer Handelskammervertreter angeschlossen hatte. An dem geselligen Zusammensein nahmen teil: der Vizekanzler und Reichsfinanzminister Bauer, Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, Reichstagspräsident Ebbe, als Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die Herren Leipart, Großmann und Kunze, die Direktoren der Deutschen Werke Funke und Hauser und einige Vertreter der ausländigen Reichsressorts.

Kabinettsitzung über den Streik.

In der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts erstattete der Oberbürgermeister der Stadt Berlin, Dr. Böß, Bericht über die durch den Streik der städtischen Elektrizitätsarbeiter entstandene Lage.

Aufforderung an die Regierung.

Köln, 29. November. (RTN.) Der Betriebsrat der Betriebsräte für Rheinland-Westfalen-Lippe hat folgende Entschließung dem Reichskanzler, dem Reichsfinanz-, dem Reichsarbeits-, dem Reichswirtschaftsminister und dem Präsidium des Reichswirtschaftsrats im Auftrage des Bezirkssekretariats des ADGB:

Der Bezirksbeirat erblickt in der Erfüllung der vom ADGB und der IFA zugestellten zehn Wirtschaft- und Steuerforderungen die einzige Möglichkeit, aus diesen unheilvollen Zuständen herauszukommen. Diese zehn Punkte gelten als Mindestforderungen.

Notwendige Erziehungsarbeit.

Presse und Auswärtiger Ausschuss.

Wir erhalten von Herrn Reichstagsabgeordneten Conrad Hausmann folgendes Schreiben:

Erstaunt lese ich, daß mich der „Vorwärts“ heute zu einer öffentlichen Erklärung provoziert, ob ich über die nichtöffentliche Sitzung des Auswärtigen Ausschusses Mitteilung an zwei Berliner Blätter habe gelangen lassen. Der „Vorwärts“ könnte wissen, daß ich wie bei Schaffung der Verfassungsbestimmung über den Auswärtigen Ausschuss, so seither strikt für die Nichtöffentlichkeit der Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses eingetreten bin, und er hätte deshalb jene schiefe und rauhe Unterstellung unterlassen können. Ich habe mit keinem Menschen ein Wort über den Inhalt der Ausschussung am 28. November gesprochen noch ein Wort darüber geschrieben. Ich bitte und ermächtige Sie, dieses Schreiben zu veröffentlichen.

Hochachtungsvoll

Conrad Hausmann.

Wir haben von Herrn Hausmann keine andere Antwort erwartet und zweifeln nicht daran, daß er die von der Presse verübten Indiskretionen nicht anders beurteilt als wir. Die öffentliche Frage an ihn und Herrn Kopsch schien uns trotzdem notwendig, um die Verantwortlichkeit der Parteivertreter für das Verhalten ihrer Parteipresse festzustellen. Wenn demokratische Blätter Mitteilungen aus vertraulichen Sitzungen bringen, so fällt der Verdacht, Urheber dieser Indiskretionen zu sein, auf die demokratischen Abgeordneten, von ihnen ist daher zuerst zu erwarten, daß sie sich gegen das Verhalten ihrer Presse zur Wehr setzen.

Das „Berliner Tageblatt“ entschuldigt sich damit, daß es seinen Bericht einer Parlamentskorrespondenz entnommen habe. Sachlich wird dadurch nichts geändert. Entweder sind die Sitzungen des Auswärtigen Ausschusses vertraulich oder sie sind es nicht. Wir wiederholen also: Wird kein Mittel gefunden, die Klatschmäußer zu stoppen, so werden wir fortan von jeder „vertraulichen“ Sitzung des Auswärtigen Ausschusses einen vollständigen Bericht veröffentlichen.

Die oberschlesischen Verhandlungen.

Am gestrigen Dienstag haben die deutschen und polnischen Verhandlungsführer folgende Tagungsorte für die Zehnjahreshilfe vereinbart: Eisenbahnen in Kattowitz, Wasser und Elektrizität in Hindenburg, Geldwesen in Kattowitz, Post in Oppeln, Ein- und Ausfuhr in Beuthen, Kohlen in Kattowitz, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände in Kattowitz, soziale Versicherung in Kattowitz, Grenzverkehr in Beuthen, allgemeine Bestimmungen juristischer Natur und für Liquidationen in Beuthen, Schutz der Kinderarbeit in Beuthen. Danach werden sechs Ausschüsse in dem bei Deutschland verbleibenden Teile, fünf Ausschüsse in dem zu Polen kommenden Teile Oberschlesiens tagen. Maßgebend für die Verteilung waren ausschließlich sachliche Rücksichten, so z. B. daß Oppeln Sitz der Oberpostdirektion, Kattowitz Sitz der Eisenbahndirektion ist.

Diese Sitzungen werden am 9. Dezember beginnen. Schiffer und Bewald begeben sich nach Beuthen, die polnischen Verhandlungsführer nach Kattowitz. Die Unterausschüsse sind möglichst klein gehalten. Die jeweiligen Sachverständigen sollen sich nur bereithalten.

Daß in Oberschlesien selbst verhandelt wird, wo man die Wahrheit über Oberschlesien vor Augen hat, ist von Deutschland verlangt worden, Polen hat zugestimmt und Präsident Calonder hat sich gleichfalls dafür eingesetzt. Bedenken wegen der Sicherheit der Kommissionen in Oberschlesien wurden von der Entente rasch zerstreut. Calonder selbst dürfte wahrscheinlich Anfang Januar nach Oberschlesien kommen.

Zum 15. November hatte Herr Dżemski die Vertreter der oberschlesischen Industrie, soweit sie an Polen fällt, zu Beratungen nach Kattowitz eingeladen. Da ihm jedoch die Einreise verweigert wurde, brachte man die Herren auf Automobilen nach Sosnowice. Dort fanden sich nahezu alle Vertreter der polnischen werdenden Industrie ein. Die deutsche Regierung bedauert dieses Verhalten der Vertreter der Industriemagnaten um so mehr, da dieselben Herren der deutschen Regierung ihre Unterstützung versagten, der polnischen Aufforderung aber sofort entsprochen. Es ist nichts davon bekannt, daß Vertreter der oberschlesischen deutschen Gewerkschaften an den Verhandlungen in Sosnowice teilgenommen hätten. Lediglich die polnische Berufsvereinigung war vertreten.

Wie lange noch...?

Gelegentlich eines Vortrages im Humboldt-Gymnasium, war eine Arie, hatte ich jüngst wieder einmal Ruhe, die Langmut der jetzigen Regierung zu bewundern. Die Aula der genannten Schule prangt noch heute im stolzen Höhenzollern-Schmuck — wie einst Freilich: Wilhelm II. steht in der Reihe der Gottesgnaden-Imperatoren; aber dafür ist sein Konjunktiv, auf dem er als Büste stand, geblieben. Und dies leere Konjunktiv wirkt ungemein provozierend: es ruft den Schülern zu: „Seht, ich bin noch da; denn der jetzige Zustand, auch in der Regierung, ist nur vorübergehend; die Büste Cures Heilensalters, die auf mir stand, ist nur „bis auf weiteres“ entfernt; zurzeit steht sie — sicher nicht etwa auf dem Boden oder in der Kammerkammer, sondern vielleicht an einem Ehrenplatz in der guten Stube Cures Herrn Direktors. Aber: einst wird kommen der Tag — und auch die Büste wieder!“ So das ledige Konjunktiv inmitten B. I. und F. III. Die natürlich noch un-abgeleitet dort oben thronen. Vielleicht denkt über auch der Herr Oberstudienrat wie das ehemals kaiserliche Konjunktiv; oder appelliert bloß nicht das einsame Gestell an seinen Geschmack und Ordnungssinn? Aber weiter spricht das Konjunktiv und der leere Platz: „Seht Ihr, die Regierung hat zwar angeordnet, die Höhenzollern-Büste zu entfernen; da hat Euer Herr Schulrat einen famosen Witz gemacht — unter der jetzigen Regierung darf er sich das ja erlauben — er hat die Büste Wilhelms des Dritten entfernt, wie befohlen, und doch bleibt alles beim alten; denn ewig magne ich daran, mer hier thronen!“ Die Schüler aber, die nun sehen, wie „prompt“ die Anordnungen der Regierung durchgeführt werden, ist erfüllt das alles mit einem höllischen Respekt vor der Regierung. Oder nicht? Über Scherz beiseite: wann wird unsere Regierung von ihrer Langmut lassen, die längst täglich in schändester Weise verpöht wird? Blauet man wirklich, diesem Regime um 1870 und später irgendwelche pietätvolle, historisch schuldig zu sein? Dieses Regime, das nur auf Stärkung des monarchistischen Egoismus bedacht war, indem es die „Untertanen“ zu subalternen, unfreien Naturen erzog, die nur darauf dressiert wurden, immer nach „oben“ zu schauen und sich nach „Seinen“ Winken zu richten, diesem Regime, das nach außen hin durch eine Blut- und Eisenpolitik zu imponieren suchte, diesem Regime, dessen Anhänger sich alles in allem mit einem so dichten Schleier der Heuchelei, der Phrasen, des Bonzentums und Ansehenwahnes umgaben, daß sie schließlich selbst nicht mehr wußten: was dieser Mantel eigenes Fabrikat oder Gottesgeschenk? Nein! Eine Regierung, die darauf bedacht ist, in ihren Schulen freie Menschen zu erziehen, ist dieser Blütezeit des Latzantums keine Rücksicht schuldig! Fort darum endlich mit den Statuen und Büsten jener Bonzen und ihrer Helfer! Zusammengeführt ist ihr Bauwerk, da es nur auf lächerlichen Füßen stand — warum ist selber konserverien?

Welch Weist auch sonst noch an dem genannten staatlichen Bildungsinstitut herrschen mag, darüber bezieht ein Bild in einem

Briands Phantasien.

Paris, 29. November. (WZ.) Der Sonderberichterstatter des Gewerkschaftsbundes „Peuple“, der die Delegation der Genfer Arbeitskonferenz auf ihrer Reise zum Studium der deutschen Abrüstung begleitet, erklärt in seinem ersten Bericht aus Hanau, Briand habe die Rüstungsfrage in Washington falsch gestellt. Was die deutschen Fabriken noch befehlen, genüge höchstens für die kleinen Rüstungsartikel. Für die Herstellung des großen Materials käme diese Ausrüstung nicht mehr in Betracht. Der Berichterstatter schildert dann die Zerwürfungen in den Fabriken und sagt zum Schluß, wenn man das gesehen habe und sich von den unerhörten Schwierigkeiten Rechenschaft gegeben habe, denen die deutsche Industrie trotz aller Hilfsmittel begegne, so dürfe man feststellen, daß die Behauptung, diese selben Fabriken könnten in einigen Wochen wieder zu voller Tätigkeit im Dienst des Krieges umgestellt werden, nicht ernst zu nehmen sei. Die moderne Technik sei für solche Phantasien nicht zu haben.

Paris, 29. November. (WZ.) Der Abg. Léon Blum stellt im „Populaire“ fest, daß nach den ersten Tagen des Bluffs nunmehr die öffentliche Meinung, ja selbst das Parlament den Mißerfolg Briands klar zu sehen begannen. Was war das Ziel Briands? fragt er: Sich von Amerika und England aufs neue eine formelle Garantie unserer Sicherheit anbieten zu lassen, wie sie ehemals Wilson und Lloyd George angeboten haben. Durch welches Mittel wollte er es erreichen? Dadurch, daß er sein Auditorium von unserem Friedenswillen und von den Kriegsgefahren überzeuge, die uns bedrohen, mit anderen Worten, er hat die Tatsachen forcieren und schwarz malen wollen und von den geheimen Rüstungen Deutschlands gesprochen, also die Reden gehalten, die er in der Kammer zurückweist, wenn sie von André Lefevre gehalten werden. Ich weiß nicht, so fährt Blum fort, ob die Absicht Briands sich hätte verwirklichen lassen; ich bin aber ungefähr sicher, daß die angewendeten Mittel nichts taugten, denn die Operation war doch ein wenig zu plump. Man muß beinahe annehmen, daß dieser gewandte Praktiker sich die Hand dadurch verdorben hat, daß er mit der dümmsten Parlamentsmehrheit umgegangen ist, die man je gekannt hat. Briand scheint sich eingebildet zu haben, daß er die Washingtoner Konferenz so leicht „haben“ werde, wie den nationalen Bloed. Er hat sich getäuscht! Wir erhalten keine Garantien und wir haben niemand davon überzeugt, daß unser Wille, uns zu eröffnen, aufrichtig ist. Jetzt haben wir den Mißerfolg, und es ist bitter, so bitter, daß der nationale Bloed bereits anfängt, sich darüber zu erregen; er bemerkt, daß die Gegenanschläge in Amerika ernst sind und daß nach den ersten Stunden übertriebener Vorsiebe, die man dem persönlichen Talent des Darstellers verdankt, die Gegenströmungen in England und in Deutschland noch ernster sind als in Amerika. Schließlich fragt Blum: Wem soll das alles Nutzen bringen? Arbeitet etwa Briand für Poincaré?

Ententekapitel Syrien.

London, 29. Nov. (WZ.) Eine von Reuter veröffentlichte Erklärung weist darauf hin, daß viele Berichte, die über den Inhalt der letzten Note Großbritanniens an Frankreich veröffentlicht wurden, bis zu einem gewissen Grade irreführend sind. Insbesondere sei der Eindruck erweckt worden, daß alle Schwierigkeiten jetzt behoben seien. In London sei man der Ansicht, daß es sich nicht so sehr um die Einzelheiten handelt, so wichtig sie auch sind, sondern um die hauptsächlichste Frage, wie weit der schädliche Eindruck, der auf die Türken gemacht wurde, indem ihnen der Glaube beigebracht wurde, daß sie mit einer der allierten Mächte getrennt verhandeln könnten, durch die zukünftige Aktion der Alliierten beseitigt werden kann. Dieser Schwierigkeit könne nur entgegengetreten werden durch eine Aktion der französischen Regierung, die die Solidarität der Alliierten im Osten im vollsten Sinne wiederherstellt.

Neue Notizen.

Wie die Ill. erzählt, wird innerhalb der Regierung eine Note an die Völkerversammlung erwogen, die sich mit der Frage der Entschädigung der deutschen Industrie in den an Polen abgetretenen Gebieten Oberschlesiens befaßt.

Die Ill. erzählt, daß der französische Geschäftsträger im Auswärtigen Amt einen Protest gegen einen Aufsatz der „Deutschen Tageszeitung“, der sich mit der „Commission des etudes sociales“ (Sozialer Studienausschuss) befaßt hat, überreicht hat.

Klassenraum, der zufällig erhellt war: neben der Wandtafel prangt eine der üblichen „geschmackvollen“ und „künstlerischen“ Rageleien aus der „großen“ Zeit: Schwert und Schlinge, umgeben von dem schönen Spruch: „Das größte Heil, das letzte, liegt im Schwerte!“ Ich sehe den Herrn Vortragslehrer daneben stehen und beklemmten: „Dulce et decorum est, pro imperatore et imperio mori!“ (Sich und ehrenhaft ist es, für Kaiser und Reich zu sterben!) Und ich sehe jugendliche Holentzler auf dieses „Wahrzeichen“ der großen Zeit starren, in der Ueberzeugung, daß uns das Schwert von 1914—1918 höchstes Heil und reichsten Segen gebracht hat und noch bringen wird. Ein anderer Gedanke kommt ihnen aber wohl einst: nämlich, daß diejenigen, die solche Worte zu kolportieren beliebten, wie besonders B. II., daß diese, also es um ihr Recht, um ihren Thron ging, nicht ihr leichtes Heil im Schwerte, sondern im Auto nach Holland suchten. Das ist natürlich etwas anderes! Das „Voll!“ ist eben verpflichtet, für Ansichten und Throne von Fürsten zu kämpfen bis zum Weißbluten; aber die Fürsten — Wilhelm, Friedrich Wilhelm, Ruprecht — selber?

Und solche Phrasen, Höhenzollern- und Kriegsandenken in einem staatlichen (sprich: republikanischen) Gymnasium! Videant consules! Wann werden die Konsuln schend werden, oder, wenn diese nicht, die Arbeiterschaft? Man stelle sich nur einmal umgekehrt vor, wie „schneidig“ eine kaiserliche Regierung gegen alle Wahrzeichen einer erledigten Republik vorgehen würde, und mit welcher „Duldsamkeit“ sie früher politisch anders Denkende behandelt hat!

Theater am Kurfürstendamm: „Der Schwan“. Der Ungar Franz Molnar, der niemals sehr tiefinnig war, stellt sich jetzt vollkommen in den Dienst des Schwachsinn. So dürftig wie seine letzte Komödie vom Schwan ist noch keines seiner Werke gemessen. Man wundert sich nur, daß die Schauspieler der alten Kulturstätte des Wiener Burgtheaters mit diesem Stuck in Deutschland geistige Propaganda betrieben. Man wundert sich nicht, daß dieses schlechte Beispiel vom Kurfürstendamm nachgeahmt wurde.

Den Namen des Schwans trägt eine junge Prinzessin, die eigentlich mehr den Namen eines dem Schwane nahe verwandten Vögels verdient. Diese junge Dame soll Ehegattin eines künftigen Königs werden. Der Thron- und Brautwerbender ist aber etwas blöde und es muß eine Kur mit ihm vorgenommen werden, damit er endlich doch zur ebenbürtigen Gattin gelangt. Das Ganze ist schlechter Simulacrum alten Stils, gekleidet durch Courts Rahler. An dieser Tatsache ändert nichts die routinierte Aufführung, an der Adèle Sandrot, Ita Staub, Frau Ida Grünig, Edward v. Winterstein und die Herren Schindler und Günther durchaus gut geklaut beteiligt waren.

Ein neues Denkmal. Auf dem Luisenplatz wurde dieser Tage ein Denkmal für den berühmten Chemiker Emil Fischer enthüllt. Der Bildhauer F. H. Klimsch hat es als Pendant zu dem gegenüberstehenden Koch-Monument Lucillions geschaffen. Beide Gedenkstätten sind während der Zeit der feierlichen

Labour-Party in Amerika.

New York, 29. Nov. (WZ.) In Cleveland sind mehrere sozialistische Führer zu Beratungen über die Gründung einer Labour-Party, ähnlich der in England bestehenden, eingetroffen. Die vorbereitenden Schritte sind bereits dazu getan.

Die britische Labour-Party ist die Zusammenfassung der Gewerkschaften und der sozialistischen Parteien zur gemeinsamen Führung ihrer Politik bei Wahlen, im Parlament und in allen In- und Auslandsfragen.

London, 28. November. (Intel.) Die Gewerkschaftsunion und die Arbeiterpartei hatten vom 8.—12. Dezember einen Kongreß ab, auf dem die Frage der Arbeitslosigkeit und die internationale Politik behandelt werden sollen. In einer Entschließung, die dem Kongreß unterbreitet werden soll, wird die englische Regierung aufgefordert, alle Maßnahmen für eine rechtzeitige und energische Hilfsaktion für das hungernde Rußland zu treffen.

Interalliierte Truppen im Burgenland.

Wien, 29. November. (WZ.) Im Auswärtigen Ausschuss berichtete Bundeskanzler Schober, daß es schließlich gelungen ist, die Interalliierte Generalkommission zu bewegen, Abstimmungsmodalitäten festzusetzen, die den Wünschen Deutschösterreichs einigermaßen Rechnung tragen. Nun konnte die Völkerverversammlung die Zurückziehung aller ungarischen Truppen und Genarmeen anordnen. Wenn auch hinsichtlich des Erfolges der abziehenden ungarischen Organe eine offizielle Verständigung an die österreichische Regierung noch nicht gelangt ist, so spricht doch die vorläufige Antwort der Völkerverversammlung an den Befandten in Paris dafür, daß schon in den allerersten Tagen eine aus Engländern, Italienern und Franzosen zusammengesetzte Truppe den Dienst übernehmen wird.

Die Moskower Krise.

Teheran, 29. November. (WZ.) Auf einer während der „Woche der kommunistischen Internationale“ abgehaltenen Versammlung erklärte Sinowjew, daß tatsächlich eine Krise der kommunistischen Internationale bestehe. Statt des Sturmes auf die Festung des Kapitals seien die Kommunisten jetzt gezwungen, zu einer Belagerungstaktik überzugehen. Die Gründe der Mißerfolge lägen in der mangelnden Organisation und in den Hindernissen, welche die Sozialdemokraten den Kommunisten in den Weg legen; ein großes Hemmnis sei auch die Zerrüttung Rußlands, welche die Arbeiter des Westens von dem Kommunismus abschrecke. — Radek stellt in einem Artikel der Moskauer „Pravda“ fest, daß die neue Politik der Sowjetrepublik von den Arbeitern des Auslandes nicht genügend verstanden werde und in ihren Reihen Befürchtung hervorgerufen habe.

Revanche für Tours.

Die französische Militärpolizei hat Clara Zetkin nicht vergessen, daß durch ihr pöhlisches Erscheinen auf dem Spaltungspartheitag in Tours die hohe Behörde wieder einmal Coupletstoff wurde. Man hat ihr jetzt das Reden in Düsseldorf verboten. — Dagegen hat letzthin die Befehlsgewalt das Weitererscheinen der vom preussischen Regierungspräsidenten verbotenen „KPD“, „Freiheit“ gestattet, weil man sie vor dem Verbot nicht gefragt habe.

Konferenz der Geschäftsführer der Parteipresse. Am Montag und Dienstag tagte in Berlin eine Konferenz der Geschäftsführer der sozialdemokratischen Presse und der Vorsitzenden der Pressekommmissionen. Von den Beschlüssen ist besonders bemerkenswert die Gründung einer „Sozialdemokratischen Informationsdienst“. Dieses Unternehmen, das schon seit einiger Zeit arbeitet, ist ein für die sozialdemokratische Presse angelegtes Telegraphenbureau, das sich in der kurzen Zeit seines Bestehens zu einer unentbehrlichen Informationsquelle für die sozialdemokratischen Zeitungen entwickelt hat. Zu Geschäftsführern der S. m. b. h. wurden gewählt die Genossen: Gerlach-Düffeldorf, Heindresden, Heinrich-Franfurt a. Main, Heinrich (Parteiorganisator), Stampfer-Berlin, Sollmann-Köln, Todus-Breslau; Leiter des Bureaus ist der Genosse Redakteur Erich Wittinghaus-Berlin, dem der Geschäftsführer des „Vorwärts“, Theodor Glöde, als ehrenamtlicher Geschäftsführer zur Seite steht. Die Bureaus sind im Vorwärts-Haus zu Berlin. Die Tätigkeit des „Parlamentarischen Dienstes“ fand auf der Konferenz allgemeine Anerkennung, es wurde dringend gewünscht, daß auch diejenigen sozialdemokratischen Zeitungen, die dem Unternehmen noch fernstehen, sich anschließen. Einstimmig wurde eine Entschließung angenommen, die allen Verlegern und Redaktionen die Beteiligung am „Sozialdemokratischen Parlamentarischen Dienst“ empfiehlt.

Ruhe thron, erscheint Fischer lebhaft bewegt, mit halb geöffneten Lippen, als wenn er aufspringen wollte, um auf die Worte eines Gegners zu antworten. Diesem geneigten Motiv hat Klimsch durch großzügige Formbehandlung Monumentalität zu geben versucht. Aber die Großzügigkeit beschränkt sich auf die Gestaltung des Details, namentlich des Gewandes, während dem Gesamteindruck der läbliche Charakter des Spielerischen, Momentanen, Weltlichen haften blieb. Eine Rippflache von ungebührlich anspruchsvollen Dimensionen, das Ergußnis einer Epoche, der das Gefühl für plastischen Stil abhanden gekommen ist.

Im Zeitalter der Abrüstung. In England haben Versuche mit einem Land- und Wasserantank stattgefunden, der über 50 Kilometer in der Stunde sowohl auf dem Lande wie auf dem Wasser zurücklegen vermag. Die Prüfung ist „befriedigend“ ausgefallen. Das Fahrzeug gleicht äußerlich einem Torpedo mit einem Kommandoturm etwas vor Mittschiffs. Es hat sehr starke Maschinen und ein Gewicht von 10 Tonnen. Zahlreiche und starke Schwefelräder bewegen es im Wasser. Offizielle Persönlichkeiten der Lincee haben den Versuchen beigewohnt.

Das verfallende Konstantinopel. Der wachsende Verfall Konstantinopels wird in dem jährlichen Bericht des Polizeipräsidenten der Stadt erörtert, der mitteilt, daß in den letzten 13 Jahren jährlich durchschnittlich 1500 Häuser abbrannten, ohne wieder aufgebaut zu werden. Die Trümmer dieser Häuser bedecken ein Gebiet von fast 3 Quadratkilometer. Da die Stadtkassen vollkommen leer sind, so ist der Aufbau ganz unmöglich. In der Stadt fehlen selbst die Mittel, um für die Feuerwehr die nötigen Werkzeuge zu beschaffen und so sollen die Kosten dafür durch eine Anleihe aufgebracht werden, die ausländische Versicherungsgesellschaften geben wollen.

Die Technik in der Welt, die vortreffliche, von Hannach Lemm-Dorisch begonnene und von Heinrich Cunow zu Ende geführte Einführung in die materielle Kulturgeschichte des Primordials, ist in einem neuen Abdruck im Parteiverlag der Buchhandlungen Dien und Bornworts erschienen. In drei fortionierten Bänden (à 8 M.) werden behandelt: 1. Das Feuer, Der Wohnungsbau, 2. Nahrungsbeschaffung und Ernährung, 3. Entdeckung der Waffen, Körpererschmuck, Die Technik der Befestigung. In leichtverständlicher Form werden hier zahlreiche Probleme von allgemeinstem Interesse vorgeführt. Die Bücher, die mit mancherlei Abbildungen (von denen einige ältere durch neuere ersetzt werden sollten) ausgestattet sind, bilden eine Quelle von Belehrung und Unterhaltung auch für die heranwachsende Jugend und eignen sich daher auch als Geschenktage.

In der Gesellschaft für Geschichtskunde (Ihrick) Donnerstag, den 1. Dez. 8 Uhr, in der Aula, Kochstr. 13, Dr. M. H. H. über das Thema: Was ist Weib?

Der englische Dichterstrebler und Dichter Kipling, ehemaliger Mitarbeiter Wilhelms II., ist in Straßburg eingetroffen und von den Behörden feierlich begrüßt worden. Die Universitäts wird ihm die „Würde“ eines Ehrendoktors verliehen.

Severings Innenpolitik.

Im Preussischen Landtag wurde am Dienstag die Beratung des Haushalts des Innern fortgesetzt. Nach dem Demokraten Dr. Berndt, der den Deutschnationalen vorkommt, daß die Regierung gegen reaktionäre Beamte immer noch sehr nachsichtig ist, ergreift der Innenminister Genosse Severing das Wort, um auf die gegen ihn erhobenen Angriffe zu antworten. Die Mißtrauensvoten des Deutschnationalen Herrn v. Winterfeldt und des Kommunisten Eberlein quittiert Severing mit der Bemerkung, daß er sich unbehaglich fühlen würde, wenn er sich als der Vertrauensmann dieser Herren betrachten müßte. Den Vorwurf einer parteiischen Amtsführung weist Genosse Severing zurück. Seine Beamtenpolitik faßt er in die Worte zusammen:

In der Beamtenpolitik glaube ich alle Parteien des Hauses gleich behandeln zu haben. Herr Dr. Berndt hat gemeint, das alte Gebäude habe nur eine neue Fassade bekommen. Das ist ebenso richtig wie seine Schlussfolgerung, man müsse anerkennen, wie große Duldsamkeit die Regierung den Herren von der Deutschnationalen Volkspartei entgegengebracht hat, auch denen, die nicht auf dem Boden der Verfassung stehen. Ich halte heute noch fest an dem Glaubensbekenntnis, das ich hier im vergangenen Jahre abgelegt habe: daß ich selbst Monarchisten in der Verwaltung gern sehe, wie ich auch Kommunisten mit der Verwaltung ausführen muß. Es soll keine Gefinnungsschnüffel getrieben werden. Aber der Staat folgt nur einem Selbsterhaltungstrieb, wenn er die Elemente im Beamtenkörper begünstigt und ermuntert, die fest auf dem Boden der Verfassung und der Republik stehen. Ich jedenfalls werde monarchistische Elemente nicht begünstigen.

Die Kommunisten rufen dazwischen „Boelk, Stinnes“. Severing geht auf den Zwischenruf ein und hebt hervor, daß man Stinnes als wirtschaftliche Kapazität anerkennen müsse, daß Boelk nicht nach einer rednerischen Entgleisung beurteilt werden dürfe. — Dem Herrn v. Winterfeldt, der sich über die Entlassung kappistischer Beamten entrüstet hat, weist Severing nach, daß diese Entlassung eine glatte Notwendigkeit war. Wie würde denn das alte System mit aufrührerischen Landräten verfahren sein? Zum Kapitel der Schutzpolizei betont der Minister, daß er bestrebt sei, aus der Schutzpolizei eine reine Polizeitruppe zu machen:

Aber solange die Staatsregierung mit der Möglichkeit rechnen muß, daß sich von links oder rechts Leute einblenden, durch bewaffnete Aufstände die heutige Staatsverfassung gewaltsam ändern zu können, und solange die Verhältnisse nicht gestatten, zur Bekämpfung bewaffneter Aufstände sofort immer Reichswehr einzusetzen, muß die Schutzpolizei auch für diesen Kampf geeignet sein. Ich hoffe aber, daß der Zeitpunkt nicht mehr allzu fern ist, wo die Schutzpolizei restlos den Charakter einer Polizei haben kann.

Gegenüber Zeitungsangriffen von links und rechts möchte ich erklären, daß ich das feste Vertrauen zur Schutzpolizei habe, daß sie immer mehr ihre hohe Bedeutung für das Staatsleben erkennt und immer mehr ein verlässliches Instrument in der Hand der Staatsregierung wird. Wir werden selbstverständlich

gegen jede Ausschreitung mit aller Schärfe

vorgehen, ob es sich um einen deutschnationalen Ober- oder einen sozialdemokratischen Unterbeamten handelt. Wenn die parteipolitische Erörterung innerhalb der Schutzpolizei wichtiger ist als der Staatsdienst, muß die Schutzpolizei verlassen. Mißgriffe der Polizei können vorkommen, sollen sogar früher vorgekommen sein. (Heiterkeit.) Jedenfalls kann von einer ungleichmäßigen Behandlung der Parteien keine Rede sein.

Der Minister wendet sich dann den kommunalen Besoldungsfragen zu. Die Gemeinden müssen sich im Rahmen der Besoldungsordnung halten. Wenn es wahr ist, daß von höheren reaktionären Beamten ein Spießdienst eingerichtet ist und geheime Personalakten geführt werden, so verspricht der Minister, mit aller Energie dagegen vorzugehen. Bei dieser Gelegenheit findet Severing auch ein kräftiges Wort der Verurteilung für die Art, wie die Deutschnationalen linksgerichtete Beamte mit gehässiger Klatsch bekämpfen. Ein Mitglied der Rechten des Hauses hat dem Reichspräsidenten Ebert öffentlich zum Vorwurf gemacht, daß seine Wohnung mit Perserteppichen und Oelgemälden ausgestattet sei, obwohl der Herr doch wissen müßte, daß die Einrichtung der Präsidentenwohnung Eigentum des Reiches ist. Zum Verbot der „Täglichen Rundschau“ bemerkt der Minister, daß er gegen alle Äußerungen einschreiten werde, die eine Mordatmosphäre schaffen. Dann wendet er sich gegen den privaten Selbstschutz. Enthüllungen über den Selbstschutz würden der rechten Seite mindestens so unangenehm sein wie den Kommunisten die jetzigen Enthüllungen des „Vorwärts“. — Der von Dominicus herrührende Erlaß, wonach Kommunisten prinzipiell aus der Gemeinde- und Staatsverwaltung ausgeschlossen sind, ist durch Severing aufgehoben worden. Die Bestätigung wird Kommunisten nur verweigert, wenn sie sich aktiv an gewaltsamen Umsturzbestrebungen beteiligt haben. Dann berührt der Minister noch einmal den Märzaufruf und führt auf die kommunistischen Angriffe aus:

Beim Märzaufruf hat die Schutzpolizei 34 Tote und 54 Verwundete, die Zivilbevölkerung 145 Tote, 151 Verwundete und 1 Vermissten gehabt. (Zuruf der Komm.) Die Polizei ist an den Opfern nicht schuld. Die „Rote Fahne“ behauptet, im „Getretenen Kellere“ hätte ein Artikel von mir gestanden, in dem gesagt wurde, der kommunistische Aufruf in Mitteldeutschland sollte durch die Polizeiaktion provoziert werden. In dem Artikel steht

auch nicht ein Satz,

der im entferntesten einen ähnlichen Sinn haben könnte. Wir glauben auf keinen Fall, daß die Arbeiterchaft sich zu aufständischen Handlungen hinreißen lassen würde. Ich habe aber zum Ausdruck gebracht, daß der Ausbruch des Aufstandes eine Nebenerscheinung der Polizeiaktion gewesen ist, die ich nicht für einen Nachteil halte. Meine Absicht ist diese Nebenerscheinung aber nicht gewesen. Ich habe zum Ausdruck gebracht: Ohne die Polizeiaktion wäre das Gewitter nicht zur Entladung gekommen, die Schwüle aber geblieben. (Zurufe bei den Komm.: Das ist das, was wir behauptet haben!) Das haben Sie nicht behauptet! (Zurufe bei den Komm.: Sie wollten entbehren!) Nein, von diesem Willen ist nicht die Rede. Wenn Sie das nicht kopieren, tut es mir leid. Das ist eine Nebenerscheinung gewesen, die ich begrüße, die aber nicht der Zweck der Polizeiaktion war.

Auf den Fall des Sittlichkeitschüfflers Professor Brunner, der dem Wohlfahrtsministerium untersteht, geht Severing in längeren Ausführungen ein und betont, daß

Brunner in der Auswahl seiner Mitarbeiter sehr einseitig vorgegangen sei. Er solle Kräfte zur Unterstützung bekommen, die ein wirkliches Urteil darüber haben, was Schmutz und Schund ist. Zu lebhaften Zusammenstößen zwischen dem Minister und den Kommunisten kommt es nochmals, als Severing die Teuerungskrawalle und Plünderungen in Berlin bespricht und hervorhebt, daß politische Drahtzieher, wahrscheinlich aus den Kreisen der KPD, hinter dieser Aktion stehen. Er verliest blutrünstige Aufrufe zur Gewalt aus Plakaten und Flugblättern, die unterschrieben sind von der kommunistischen Arbeiterjugend, der kommunistischen Arbeiterpartei, der Allgemeinen Arbeiter-Union und dem kommunistischen Aktionsauschuß. Die Kommunisten heben durch Zwischenrufe hervor, daß sie damit nichts zu tun haben wollen. Mit einem Appell an die Vernunft, die eine größere Gewalt ist als die Zerstörung, schließt Severing unter lebhaftem Beifall seine Rede.

Nach dem Minister bricht der Volksparteiler v. Eger eine Lanze für die „Tägliche Rundschau“ und übt auch sonst Kritik an der Tätigkeit des Ministers, die freilich durch Koalitionsschicksalen diesmal stark gedämpft klingt. Der deutschnationale Abgeordnete v. Dröner glaubt einen starken Trumpf auszuspielen, indem er betont, daß der Selbstschutz während der mitteldeutschen Unruhen nicht einen Schutz abgefeuert habe, aber Severing nagelt dies in einer Erwiderung sofort fest: Damit ist bewiesen, wie überflüssig der ganze Selbstschutz ist. Ferner berichtet Severing, daß die Besoldigungen der Reichswehroffiziere gegen den unabhängigen Landrat Rauthe sich als vollkommen hinfällig erwiesen haben. Die Reichswehroffiziere haben den Rückzug angetreten, Rauthe steht völlig gerechtfertigt da. — Der Unabhängige Raboldt spricht über die Gefährlichkeit der Selbstschutzorganisationen. Aber auch die Schutzpolizei erscheint ihm nicht unbedingt zuverlässig, namentlich dort nicht, wo sie mit ehemaligen Baltikumern untermischt ist.

Auf die Vorredner erwidert für die Sozialdemokratie Genosse Franz Krüger. Vorgekommene Ausschreitungen in der Schutzpolizei verurteilt auch wir aufs schärfste, ohne deswegen die auch von den Unabhängigen anerkannten Verdienste der Schutzpolizei zu vergessen. Boelk Reden zu verteidigen haben wir nicht den geringsten Anlaß, aber die Unabhängigen haben mit ihrer Abstinenzpolitik selbst die jetzige Koalition zustande gebracht. Haben sie doch eine Beteiligung an der Koalition auch ohne die Deutsche Volkspartei

immer abgelehnt. Den Unabhängigen und Kommunisten ruf Krüger zu:

Wir sind ganz einig mit Ihnen, daß die Arbeiterschaft geeinigt werden muß. Aber eine Einigung ist unmöglich mit Schichten, auf die Leute wie Eberlein maßgebenden Einfluß haben. Sie verlangen von uns eine reine Demonstrationspolitik, aber Demonstrationen sind eine Komödie, solange man die Staatsgewalt nicht damit beeinflussen kann. (Widerspruch b. d. U. Soz.) Einem Bürgerkrieg würden wir nicht aus dem Wege gehen, wenn er uns von der Rechten aufgezungen wird, aber es ist ein Verbrechen, alles auf diese eine Karte zu setzen. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Herr Eberlein hat vergebens versucht, sich von den Vorwürfen auf Grund unseres Materials über den Märzputsch zu reinigen und die Angaben der kommunistischen Protokolle Lügen zu strofen. Es ist ja eine alte kommunistische Praxis, ihre eigenen Parteiführer preiszugeben, sobald sie etwas Befestendes gegen die Partei geschrieben haben. Das kommunistische Märchen, die kommunistische Partei sei zu der Märzaktion provoziert worden, glaubt ja niemand mehr: Wie kann man zu einer großen Aktion provoziert werden, wenn man nicht vorbereitet ist? (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ehe das Vorgehen der „Höring-Banditen“ erfolgte, wurde schon in der „Roten Fahne“ zum Kampf aufgerufen. Wie können Sie (zu den Komm.) angesichts einer derartigen Politik noch wagen,

den Arbeitern unter die Augen zu treten.

Dann rechnet Genosse Krüger mit den Deutschnationalen ab, mit der Dolchstoßlegende und den Angriffen auf die Republik. Zur Beamtenfrage führt er aus:

Für die Beamten erstreben wir die Beseitigung der lastenmäßigen Abperrung und der politischen Verfassung und wollen sie zu

Vertrauensmännern des ganzen Volkes

machen. Wir sind einverstanden, daß ein Beamtenamt geschaffen werden soll, das sachlich und unparteiisch arbeitet; es muß aber so arbeiten, wie es dem Willen der Mehrheit des deutschen Volkes entspricht. (Lebhafter Beifall b. d. Soz.)

Nach Krüger polemisiert der Kommunist Dr. Meyer-Ostpreußen gegen Sozialdemokraten und Unabhängige. Man merkt, daß die Annäherung zwischen Kommunisten und Unabhängigen gründlich in die Brüche gegangen ist, denn der kommunistische Redner wirft der U.S.P. sogar vor, mit „Mörderpartei“ zusammen zu arbeiten.

Damit schließt die Besprechung. Die Abstimmungen sollen am Dienstag, den 6. Dezember, nachmittags 4 Uhr, stattfinden. Es folgt noch der Haushalt des Ministeriums für Volkswohlfahrt. Minister Hirthsiefer, der Nachfolger Stegerwalds, entwickelt in längerer Rede sein Programm. Dann vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr.

Der Mordprozeß um Wachtmeister Buchholz.

Nach Beendigung des Lokaltersins in der Charlottenburger Kaserne der Hundertschaft z. B. wurde die Verhandlung in Moabit im Schwurgerichtssaal fortgesetzt.

Der frühere Wachtmeister Keil macht nähere Angaben über den aus der Hundertschaft zusammengetretenen geheimen

„Bund der Ringmannen“

an dem viele Kameraden beteiligt waren. Wachtmeister Simon wollte auch ihn als Mitglied werben, und er zeigte ihm eine lange Mitgliedsliste. Ihn wurde von Simon gefragt, ob Hauptmann Stennes, der gleichfalls in der Liste stand, der Führer sei, und er hatte den Eindruck, daß der Bund sich an die Draht anlehnte. Angeklagter Meyer will glauben machen, das Ganze sei bei einer Geburtstagsfeier von angetrunkenen Kameraden ausgeheckt worden. Wachtmeister Simon erklärt hierzu, daß im Juli vorigen Jahres das Gerücht umging, die Hundertschaft z. B. sollte aufgelöst werden. Da seien Kameraden zusammengetreten, um gemeinsam andere Beschäftigung zu suchen. Dieser Zusammenschluß sei erfolgt auf Anregung des Hauptmanns Stennes, der ihm diesen Ausweg gezeigt und ihm gesagt hatte, er solle sich umtun, ob er genügend Leute finde. Auf einer Geburtstagsfeier habe Simon die Idee vorgetragen, er habe auch sofort Beifall gefunden und es sei der „Bund der Ringmannen“ vorgeschlagen worden. Simon schildert die Sache als völlig harmlos. Der Zweck der ganzen Gesellschaft sei kein politischer, sondern nur ein wirtschaftlicher gewesen. Keils Angabe, daß er ihn gefragt habe, ob er sich an einem großen Schlag beteiligen wolle, wird von Simon bestritten, aber von Keil sehr bestimmt aufrechtgehalten. Die Heimlichkeitsurteil erklärt Simon damit, daß er die vor der Auflösung bedrohte Hundertschaft nicht beunruhigen wollte. Keil bekundet zu der Sache Buchholz, Leutnant von Krosigk habe ihm erzählt, er wisse mehr, als man glaube, aber er beteilige sich jetzt nicht mehr an politischen Sachen.

Ein anderer Wachtmeister, der jetzt bei der Hundertschaft Reutköln ist, bekundet, der „Bund der Ringmannen“ sei, nach seiner Meinung, keine wirtschaftliche Organisation gewesen. Er ist aus der Hundertschaft z. B. ausgeschieden, weil ihm der dort herrschende Geist nicht behagte. Besonders verdorrt ihn, sagt er, das Prügelstrafsystem. Wachtmeister Göbel hat vom „Bund der Ringmannen“ erst aus der Presse erfahren. In dem „kameradschaftlichen“ Verfahren gegen Krummer und Tolpert wegen Aufhebung der Waffenverheimlichung hat Göbel mitgewirkt. Er wehrt sich gegen den Ausdruck „Ehrenverleht“ und bestreitet auch „Vorsteher“ gewesen zu sein. Allerdings sei er von seiner Inspektion dazu gewählt worden, die Vorgesetzten zu vernehmen.

Leutnant a. D. von Krosigk, der früher bei der Hundertschaft z. B. in den Rana eines Oberwachtmeisters hatte, weiß über Buchholz' Tod nur aus Erzählungen anderer. Er war damals schon ausgeschieden, um Landwirt zu werden. Buchholz habe er bei der Hundertschaft kennen gelernt als einen Mann, der viel Geld ausgab. Doch erzählte ihm Buchholz, daß er gerbt habe. Mit Wachtmeister Keil ist Keule von Krosigk nach dem Tode Buchholz' zusammengetroffen, doch bestreitet er, den Mörder zu kennen und derartige Andeutungen gemacht zu haben. Keil bleibt bei seinen Angaben. Wachtmeister Jaspert, der dabei war, erinnert sich an nichts mehr.

Von Staatsanwalt Dr. Steinbrecher wird nochmals Oberleutnant Matwih über die

Waffenkiste in der Hundertschaftskaserne

befragt. Während die Ringmannen wußten, daß zur Vornahme der Durchsuchung richtige Plakate vor der Kaserne erhängen war, hat Matwih einen „Angriff von Zivilisten“ befürchtet. Er findet nach jetzt das ganze Vorgehen „empörend“. Wäre er angegriffen worden, so hätte er sein Rechtwehrrecht gebraucht. „Gegenüber Ihrem Kommandeur!“ fragt der Staatsanwalt Hauptmann Stennes, gegen den wegen der Waffenoffiziere noch ein Verfahren schwebt, bekundet, die Hundertschaft habe sich mit der Abschaffung der überzähligen Waffen an die Entente nicht beehrt. Meyer habe inzwischen versucht, die überzähligen Waffen vor der Entente zu verstecken. Das sei gar nicht nötig gewesen, weil die Waffenverheimlichung nur nicht auf die Schutzpolizei wirkten hätte die Entente die Kaserne durchsucht, so hätte sie natürlich die überzähligen Waffen nicht gefunden. Die Durchsuchung durch deutsche Behörden sei nur noch vorheriger Benachrichtigung des Kommandierenden zulässig gewesen, nicht in dieser „überfallmäßigen Weise“. Daß etwas Derartiges

geplant sei, sei schon früher bekannt gewesen. Deshalb habe man sogar bei einem im Zoo veranstalteten Hundertschaftsfest für raffam gehalten, nur bewaffnet hinzugehen, um für alle Fälle gerüstet zu sein. Am Tage der Waffensuche habe man ihn unter Vorpiegelung eines falschen Befehls weggeführt, und er habe dann zwei Stunden vergeblich im Vorzimmer des Polizeipräsidenten gewartet, bis man ihn abrief, damit er die erregte Hundertschaft beruhige. Leutnant Matwih gibt an, Oberst Kaupisch habe die „schwersten Beschuldigungen“ gegen die verarmelte Hundertschaft erhoben. Durch den „Ton“ der Bemerkung: „Sie haben wohl die ganze Nacht hindurch gearbeitet, um die Waffen wegzubringen?“ hat Matwih sich „verleht“ gefühlt.

Den „Bund der Ringmannen“ bezeichnet Hauptmann Stennes als „Arbeitsgemeinschaft“, die er selber angelegt habe, um bei etwaiger Auflösung der Hundertschaft die Leute gemeinsam in Beschäftigung zu bringen. Um die Sache sei ein „großes Theater“ gemacht worden, sie habe nicht das Geringste mit Politik zu tun. Den über die Waffensuche erregten Leuten, die nach den Verrätern fragten, habe er gesagt: „Das ist eure Sache.“ Später habe er dann von der durch sie selber vorgenommenen Vernehmung der Beschuldigten gehört. Der frühere Wachtmeister Gödel hat drohende Verurteilungen gehört, daß die Verräter „abhandeln kommen“ müßten. Andere Drohungen habe er dahin gedeutet, daß man sie verprügeln wolle. In der Kaserne habe er Kaiserbilder als Bombenschmud gesehen. Aus den Fäden des Kopp-Buschkes sei ihm erzählt worden, daß die Hundertschaft mit Behagen in die Volksmenge hineingeschossen habe.

Polizeileutnant Eardstein bekundet, Helbing habe nicht wegen Unregelmäßigkeiten die Hundertschaft verlassen. Auch ihm hat Helbing geheimnisvolle Andeutungen gemacht, daß er über Buchholz' Ende etwas wisse.

Die weitere Beweisaufnahme bringt eine sehr eingehende Erörterung der

Unterbringungsoffiziere

deren Aufführung wichtig ist für die Beantwortung der Frage, ob Buchholz Grund zum Selbstmord hatte. Mehrere Zeugen werden darüber vernommen, ob die Schuld an der Beworrenheit der Rassenführung bei der Hundertschaft den als Zahlmeister beschäftigten Wachtmeister Buchholz oder den unter ihm arbeitenden Wachtmeister Lehmann trifft. Durch Lehmanns Hände sollen über zwei Millionen Mark gegangen sein. Über die er trotz Drängen noch nicht abgerechnet hatte. Hauptmann Stennes gibt die Schuld nicht dem weniger fähigen Lehmann, sondern dem intelligenten Buchholz, der Lehmann nicht helfen wollte. Unter Hinweis auf „das familiäre Verhältnis, das in der Hundertschaft herrschte, wo alles zusammenhing wie eine Kette und einer den anderen deckte“, tadelt Stennes die Willkür des Buchholz. Der Sachverständige Sachverständiger Rettig tritt mehrfach in die Vernehmung ein und macht auf Mängel der Rassenführung bei der Hundertschaft aufmerksam. Der an der Rassenführung beteiligte Oberleutnant Enderlein, der als Zeuge vernommen wird, wirft erregt dem Sachverständigen vor, daß er „sehr vom grünen Tisch aus spricht“. Wachtmeister Lehmann gibt eine sehr ausführliche Schilderung seiner Rassenführung, für die dem Sachverständigen das Verständnis fehlt. Im zweiten Jahr seiner Tätigkeit sei er immer wieder nicht zur Abrechnung gekommen, weil er zu viel zu tun hatte. Manche Ausschussbeiträge wurden zunächst mit Beifall eingetragen und erst später nach Prüfung der eingereichten Papiere mit Tinte nachgezogen. Lehmanns Bericht, ein Beamter solle den „Ueberlebens“ aus seiner Abrechnung mit ihm „teilen“, soll nur gemacht worden sein, um ihn „auf die Probe zu stellen“. Küchenverwalter Papnik berichtet über große Ausgaben von Buchholz. Daß er zusammen mit Buchholz an Fleischkäufen verdient habe, bestreitet er.

Die Sitzung endet erst nach 7 Uhr abends. Am Donnerstag wird weiter verhandelt.

Die gestrigen Devisenkurse brachten nach den amtlichen Notierungen eine letzte Erhöhung der Preise fremder Zahlungsmittel. Der Dollar stieg von 274,22 auf 275,97, 100 holl. Gulden erhöhten sich von 9790 auf 9840, das englische Pfund notierte unverändert 100 französische Franken waren mit 1910 sogar etwas niedriger als vorgefunden (1918), 100 Schweizer Franken dagegen erhöhten sich von 5205 auf 5285 M.

Gewerkschaftsbewegung

Forderungen der Metallarbeiter.

Eine allgemeine Funktionärerversammlung der dem Metallkartell angeschlossenen Organisationen sollte am Montag den Riesenkauf der Brauerei Friedrichshain bis zum letzten Platz, die Kündigung des Tarifvertrags (Lohnabkommens) und das Metallkartell lautete der Hauptpunkt der Tagesordnung. Ziska vom Deutschen Metallarbeiterverband führte hierzu unter anderem aus: Bereits nach Abschluß des letzten Lohnabkommens waren die Angehörigen und Delegierten des Metallkartells der Auffassung, daß der vorgesehene nächste Kündigungstermin unbedingt wahrgenommen werden müsse, weil die Entwicklung in der Gestaltung der Lebenshaltung nicht zu übersehen sei. Diese Unübersichtlichkeit der Wirtschaftsentwicklung liegt heute mehr denn je vor. Deshalb ist es sehr schwer festzustellen, welche Forderungen für die Verhandlungen über die neuen Tariffträge ab 1. Januar nächsten Jahres als Grundlage dienen sollen. Die im Metallkartell vereinigten Organisationen verständigten sich dahin, ihre Funktionärerkörperschaften zusammenzurufen, um so durch eine Aussprache grundlegende Klarheit für die an den WBA zu stellenden Forderungen zu schaffen. Die Verhandlungen führten dazu, daß in den verschiedenen Organisationen unterschiedliche Forderungen erhoben wurden. Die Mehrheit der Funktionäre hat sich dahin geeinigt, daß, soweit nach menschlicher Voraussicht heute eine Festlegung der notwendigen Lohnhöhe möglich ist, die Forderung einer Lohnzulage von 5 Mark bis 5,50 Mark pro Stunde

angebracht erscheine. Soweit in den Verwaltungskörperschaften die Frage zur Besprechung stand, hat diese sich zu dem Gedanken verdichtet, daß es im gegenwärtigen Augenblick das Richtige wäre, die genannte Summe als Grundlage für die Verhandlungen zu nehmen. — Redner erörterte dann die hier und da aufgeworfene Frage, ob nicht tariflosere Arbeiten bessere Möglichkeiten böte. Aus den von ihm hierzu vorgebrachten grundsätzlichen und tatsächlichen Erwägungen hat sich die Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes und haben sich, soweit Redner informiert ist, auch die Verwaltungen der anderen in Betracht kommenden Organisationen mit übergrößer Mehrheit auf den Standpunkt gestellt, daß bei den heutigen, absolut nicht zu übersehenden und von einem Extrem in das andere fallenden Wirtschaftsverhältnissen eine tariflose Zeit zu einem Verhängnis werden müßte.

In der sehr eingehenden Diskussion wurde von Vertretern der verschiedenen Organisationen die Notwendigkeit der Tarifverträge betont. Ein Redner teilte mit, daß die Funktionärerversammlung der beteiligten Transportarbeiter sich einstimmig auf den Standpunkt gestellt habe, daß für die Lohnverhandlungen eine Erhöhung der Stundenlöhne um 6,50 M. zu fordern sei. — Vertreter der Fabrikarbeiter und der Transportarbeiter brachten den Wunsch zum Ausdruck, es möge versucht werden, die Spanne zwischen den Löhnen der Angelernten und denen der Gelehrten möglichst zu verringern. Hand in Hand mit den Angelernten müßten bessere Verhältnisse geschaffen werden. — Ein Redner regte an, zu erörtern, ob nicht die gleitende Lohnskala in die tarifliche Regelung einzufügen sei.

Nach dem zusammenfassenden Schlußwort Ziskas wurde mit mehreren tausend gegen ganz vereinzelte Stimmen beschlossen,

zum 1. Januar einen neuen Tarifvertrag abzuschließen.

Ferner wurde beschlossen, die einzelnen Organisationen zu beauftragen, die von ihnen aufgestellten Forderungen dem Metallkartell zu unterbreiten, damit dieses daraus feststellen kann, welche Forderungen dem WBA unterbreitet werden soll.

Heute die neu von den Funktionären des Metallarbeiterverbandes aufgestellten Forderungen einer auhertariflichen Zulage für die Zeit des noch laufenden Lohnabkommens und einer Wirtschaftsbefehle wird das vom Reichsarbeitsministerium eingeleitete Schiedsgericht am Mittwoch verhandeln.

Vermittlung im Bauarbeiter-Konflikt?

Nachdem der breiten Öffentlichkeit bekannt wurde, daß die Berliner Bauarbeiter den Schiedspruch des Bezirkslobnammtes abgelehnt haben, hat sich das Reichsarbeitsministerium bemüht, noch einmal den Versuch zu machen, ob nicht noch in letzter Stunde eine Verständigung zwischen den Parteien möglich wäre.

Wie wir von zuverlässiger Stelle erfahren, hat es der Verband der Baugeschäfte abgelehnt, unter einem vom Reichsarbeitsministerium zu bestimmenden Unparteiischen zu verhandeln.

Man ist in Unternehmerkreisen der Ansicht, daß das Ansehen des Bezirkslobnammtes dadurch herabgesetzt werden könnte. Das sind natürlich leere Reden. Hier handelt es sich um einen Konflikt, dessen Wirkung auch auf das gesamte Wirtschaftsleben nicht zu unterschätzen ist. Es sollte daher kein Mittel unversucht bleiben, eine Verständigung zu finden, und sollte man das Eingreifen des Reichsarbeitsministeriums nicht von der Hand weisen.

Ristenmacher!

Die Kollegen der Ristenbranche, denen die Vertrauensmänner Beiträge für den Holzarbeiterverband abgenommen haben, aber keine Marken lieben liehen, müssen von den Vertrauensmännern bis Sonnabend die Regelung oder die Rückzahlung der Beiträge fordern. Sollte den Kollegen die Herausgabe der Verbandsbücher oder Rückzahlung der Gelder verweigert werden, so ist sofort Meldung im Bureau zu erstatten, damit die Organisation einschreiten kann.

Donnerstag abend 7 Uhr findet erneut eine durch den Holzarbeiterverband im Arbeitslokal, Rungestr. 80, einberufene Branchenversammlung statt, zu der die Ristenmacher, die

Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes sind, alleamt zu erscheinen haben. Tagesordnung: 1. Kündigung des Tarifes. 2. Aufstellung neuer Forderungen. 3. Wahl der Branchenkommission und Branchenangelegenheiten. — Verbandsbuch legitimiert! Die Ortsverwaltung.

Polnische Wirtschaftskämpfe.

Laut Beschluß des Arbeitgeberverbandes von Pommern wurde sämtlichen Gesellschaften der industriellen Betriebe zum 1. Dezember gekündigt. Der Zweck dieser Maßnahme ist die Einführung einer längeren Arbeitszeit. — Der polnische Gewerkschaftsverband der Bezirke Bromberg, Thorn und Gnesen hat eine allgemeine Lohnerrhöhung von 50 Prozent für alle Arbeiterkategorien verlangt. Die Arbeit-

Heute 6 Uhr im „Deutschen Hof“, Lufauer Str. 15: Allgemeine Funktionärerversammlung.

Tagesordnung: Unsere Aufgaben in der Regierung — Amnestie. Referenten: Otto Braun, Preussischer Ministerpräsident, Prof. Radbruch, Reichsjustizminister. Die Teilnahme an der Versammlung ist nur gestattet nach Legitimation durch Mitgliedsbuch und Funktionärkarte. Die Versammlung findet auch statt, wenn der Elektrizitätsstreik noch nicht beendet ist. Der Bezirksvorstand.

geberorganisation lebte jegliche Lohnerrhöhung ab. Die Einigungs-kommission, der die Angelegenheit zur Prüfung unterbreitet wurde, bewilligte eine Lohnerrhöhung von 25 Prozent. Die Fabrikanten lehnten auch diesen Vorschlag ab. Der polnische Gewerkschaftsverband drohte mit einem allgemeinen Streik, was die Unternehmer mit der Drohung mit Gesamtaussperrung beantworteten.

Sperre! Wegen Tarifdifferenzen sind folgende Kinotheater gesperrt: „Kurfürst-Theater“, Tempelhofer Platz 21; „Schwarzer Adler“ und „Historia-Theater“, Frankfurter Allee. Außerdem die Theater der Schauburg GmbH. (Rudolf u. Co.), „Frankenburg“, Frankfurter Str. 74, „Saalburg“, Schöneberg, Hauptstraße. Wir ersuchen die Arbeiter und Parteigenossen, diese Kinotheater zu meiden und bitten um tätige Mithilfe.

Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend. Heute 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 1. Plenarversammlung.

Verband der Verkäufer und Papierarbeiter. Die zum Mittwoch angelegte außerordentliche Generalversammlung wird verschoben auf nächsten Mittwoch 7 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Deutscher Transportarbeiterverband. Sekt. II, Kohlenarbeiter und -käufer: Mittwoch 7 Uhr im Schulhof, Rosenstraße 22-21. Vollversammlung. Mitgliedsbuch legitimiert. — Holzkäufer, Speditionenarbeiter usw.: Mittwoch 6 1/2 Uhr bei Becker, Weberstr. 17. Vollversammlung. Erstwahl. Mitgliedsbuch legitimiert. — Brauerei (Olaf und Keramik): Mittwoch 8 Uhr im Saal 19 des Gewerkschaftshaus, Engelstr. 14/15. Gruppenversammlung. Unleser Lohnbewegung. — Handwerksarbeiter und -arbeiterinnen aus allen Betrieben der Engros-Konfektion (Errandkinder, Damen, Mädchen und Jungen-Konfektion, Herrenwäsche und Kleidermacher) sowie Uniformen: Donnerstag 8 Uhr im Preussener Palais, Preussener Str. 96. Mitglieder-versammlung. — Vertreter der Arbeiter und Käufer aus den Turnier- und Turnhallen: Donnerstag 7 Uhr in den Zentral-Gebäuden, Alie Jakobstr. 22. Vollversammlung. Bericht der Lohnkommission.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Mittwoch, den 30. November:

- 13. 11. (früher 11.). Der Jahrestag fällt aus. Dafür am 2. Dezember außerordentliche Mitgliederversammlung.
- 14. 11. 7 1/2 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung in der Frauen-Schule, 2. Eingang, Goldberger Straße. Thema: „Der Parteitag zu Göttingen“. Referent Emil Buchholz.
- 15. 11. Schiller-Gesellschaften und Gesangsvereine treffen sich zu einer wichtigen Besprechung abends 8 1/2 Uhr bei Kurrer, Gertrudenstr. 2.
- 16. 11. (früher 11.). 7 1/2 Uhr Jahrestag in folgenden Bezirken: Bezirk Moritz und Friedrich bei Kurrer, Gertrudenstr. 2; Bezirk Rützel bei Brubel, Heidenstr. 20; Bezirk Köhler bei Beck, Hoerstr. 22.
- 17. 11. 11. 11. 8 Uhr Funktionärerversammlung bei Jonas, Durlacher Straße.
- 18. 11. 11. 11. 8 Uhr Mitgliederversammlung und Jahrestag bei Berndt, Dorestraße. Erscheinen Pflicht.
- 19. 11. 11. 11. 7 1/2 Uhr öffentliche Versammlung im Lokal Marx. Thema: „Hoff und Republik“. Referent Genosse Wagnow-Berlin. Erscheinen jedes Genossen Pflicht.
- 20. 11. 11. 11. 7 1/2 Uhr bei Geonau, Stahlheimer Straße 50, Sonntag.

Morgen, Donnerstag, den 1. Dezember:

- 1. Kreis Wedding. 5 Uhr Kreisvorstandssitzung mit dem Bezirks- und Stadtverordneten des Kreises. 7 1/2 Uhr zweiter Kreisvorstandssitzung bei Kurrer, Gertrudenstr. 2.
- 2. Kreis Prenzlauer Berg. 8 Uhr bei Frau Prenzlauer Allee 189. Sitzung des Kreisvorstandes, der Bezirks- und Stadtverordneten.
- 3. Kreis Mitte. 7 1/2 Uhr bei Frau Prenzlauer Allee 189. Sitzung des Kreisvorstandes und Arbeiterjugend: 7 1/2 Uhr Vortrag des Genossen Arthur Adler: „Wie eine Zeitung entsteht und wie sie wirkt?“ Sonntag, den 4. Dezember, vormittags 10 Uhr, Besichtigung des Bornwärders.
- 4. 11. (früher 11.). 7 1/2 Uhr Funktionärerversammlung.
- 5. 11. (früher 11.). Wegen der Funktionärerversammlung findet der Jahrestag am Donnerstag, den 1. Dezember, bei Woss, Alantstr. 13 und bei Jastrow, Schwandstr. 11a, statt.
- 6. 11. 7 Uhr sehr wichtige Sitzung aller Funktionäre und Betriebsvertragsleute bei B. Burg, Prenzlauer Allee 189.
- 7. 11. 7 Uhr bei Jahn, Alexanderstr. 147, Funktionärerversammlung.
- 8. 11. Tempelhofer Platz. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in der Aula der Gemeindefabrik Werber, Ecke Friedrich-Wilhelm-Straße. Thema: „Erinnerungen an das Sozialvergehen“. Referent Hermann Wollenbüchel.
- 9. 11. 11. 8 Uhr Mitgliederversammlung bei Werner, Adenauer Straße 108. Thema: „Die steigende Teuerung und wozu führen wir?“ Referent Bachmann.

11. 11. 11. 8 Uhr Sitzung der Wirtschaftskommission bei Schlenker, Simonsstr. 42. — 11. 11. 11. 8 Uhr öffentliche Versammlung 7 1/2 Uhr im Lokal von Jahn, Hoerstraße, Ecke Rundenberger Allee. Thema: „Die politische Lage“. Referent Daniel Bortel.

Beamte und Angestellte der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Nachmittags 4 1/2 Uhr in der Schulaula der Victoria-Luisen-Schule, Althaus, Ecke Goldener Steig, große Versammlung aller männlichen und weiblichen Beamten und Angestellten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Tagesordnung: Jahresmittelwert, Steuerfragen und die Beamten. Referent Landtagsabgeordneter Herrm. Eilermann, Finanzminister a. D. Freie Aussprache.

Jugendkassen. Gruppe Spandau: 7 1/2 Uhr im Jugendheim Rundenberger Straße 35, Vortrag von Gustav Reinhardt: „Das Werden des modernen Menschen“. — Gruppe Schöneberg-Friedenau: 7 1/2 Uhr bei Groß, Schanzstraße 17, Vortragsabend deutscher Arbeiter. — Die Ortsgruppe Neukölln beteiligt sich an dem Vortrag des Genossen Arthur Adler in der Ortsgruppe Brühl.

Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiter-Jugend. Sekretariat: SW. 88, Lindenstr. 3, 2. Hof links, 2 Treppen rechts. Telefon: Bpt. 121 68-19. Heute, Mittwoch, den 30. November: Wegen des Streiks können die Referenten die angegebenen Vorträge nicht halten.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Heute, Mittwoch, den 30. November: Arbeitergenossenschaft für die weibliche Schule, Berlin-Humboldthof, Radmitzstr. 4, 1. Gemeindefabrik, West-Heinrichshof, Auguste-Viktoria-Allee, Sitzung. Tagesordnung: Scherenschnittwahlen für den 20. Bezirk. — Kollegiale Schulerwaltung. Gäste stets willkommen.

Morgen, Donnerstag, den 1. Dezember: Zentralleitersverband Groß-Berlin, Ortsgruppe Köpenick, 7 Uhr Generalversammlung in der Anker-Mittelstraße, Marktstr. 11. Reichsvereinerung ehemaliger Kriegesopfer, E. S. 1. Bezirksgruppe Schwiel. Versammlung 7 1/2 Uhr in Sabels Brauerei, Bergmannstr. 5-7. Sitzung mit Dama.

Internationaler Bund der Kriegesopfer, SW. 1. 7 Uhr Mitglieder-versammlung im Arbeiter-Gesellschaftshaus (Kannel), Willestr. 24. Erscheinen aller Genossen Pflicht, da wichtige Tagesordnung.

Verantw. für den Inhalt: Kell. Dr. Werner Feiler, Charlottenburg; für den Anzeigen: Th. Glöck, Berlin. Verlag Hermann-Berlin G. m. b. H., Berlin, Bernauer Straße-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3, Strass 1. Schlegel.



Der Kommende Tag A.G.
Verlag
STUTT GART
CHAMPIGNYSTRASSE 17

Das Schicksal Europas hängt ab

von einer positiven Kritik derjenigen Zeitfaktoren, die Europa dem Ruin entgegenführen;
von einer klaren Erkenntnis der Welttatsachen und Welttendenzen, von deren Lauf Europas Neugestaltung abhängen wird;
von einer sicheren Führung auf dem Wege der weltgeschichtlich geforderten geistigen Erneuerung Europas und der Verständigung der Völker.

Diese Zeitschrift macht „Die Drei“ zu einer europäischen Zeitschrift.

Die Drei

Monatschrift für Anthroposophie und Dreigliederung
Heft 7 | Vom Anthroposophischen Kongress:
Dr. Rudolf Steiner: Der Orient im Lichte des Okzidents
Co. Heydebrand: Gegen Experimentalpsychologie und „Pädagogik“
E. Leinhas: Der Bankrott der Nationalökonomie
Einschließl. M. 7.50, Vierteljahrsabonnement M. 18.—

DR. RUDOLF STEINER:

Die Kernpunkte der sozialen Frage in den Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft

41.—80. Tausend geb. M. 15.—, br. M. 10.—
In Ausführung der Dreigliederung des sozialen Organismus
1.—10. Tausend geb. M. 15.—, br. M. 10.—

Eine logische Folgerung.

Wo strenge Grundsätze hinsichtlich der Güte des Rohstoffes walten, wo ferner ein verlässlicher Fachmann die Verarbeitung persönlich überwacht, muß das fertige Erzeugnis hervorragend sein.

* Beide Voraussetzungen sind bei uns gegeben *

Bleiben Sie also bei der guten Massary-Zigarette!

Massary-Class 50.8 Caid 60.8 Roal 70.8



Groß-Berlin Berlin im Dunkeln.

Gestern abend konnte man sich, wenn man Berlin betrat, in die Zeit des Krieges und in die Verhältnisse der besetzten Gebiete zurückversetzt glauben. Die riesige Stadt vegetierte mit schwachen, zum größten Teil sogar mit erloschenen Lichtern dahin. Die Bahnhöfe waren in eine höchst melancholische Schummerigkeit getaucht, die sich draußen fortsetzte und sich in manchen Straßen zu vollkommener Dunkelheit verdichtete. Aber man hatte doch auch seine trostreichen Lichtblicke. Hier und da blühte und strahlte in funkelndem Glanz elektrischer Kronen und Birnen ein Hotelpalast, der mit eigener Lichtanlage arbeitet. Und während die großen Restaurants oft in völliger Dunkelheit dalagen, strözten und prohten die Restaurants dieser Gegend meist von Ausländern bewohnten Hotels im üppigsten Lichterglanz. Ein paar Schritte, und alles war wieder dunkel, kalt und trostlos. Von den Theatern hoben die meisten ihre eigenen Lichtanlagen und konnten insfolgedessen spielen. Die Kinos mußten jedoch mit wenigen Ausnahmen schließen. Die Geschäfte, die nur auf elektrisches Licht angewiesen waren, schlossen sehr früh, die anderen waren plötzlich sehr stolz auf ihre reine Glühlichtbeleuchtung. Nicht minder stolz und zufrieden waren auch die zahlreichen Familien Groß-Berlins, in denen das Gas als Beleuchtungsquelle noch immer seine unbestrittene Herrschaft ausübt. Die anderen waren überdies und suchten sich mit Stearinflöhen oder Petroleumlampen zu behelfen.

Die Wirkungen auf den Verkehr.

Die Straßenbahn ruhte vollkommen. Da der Abbruch der Stromlieferung eine große Anzahl Wagen auf der Strecke traf, so mußten die Wagen nach und nach in die Depots geholt werden. Das war aber erst durch Verhandlungen mit der Streikleitung möglich, wodurch erreicht wurde, daß in der Zeit zwischen 4 und 6 1/2 Uhr nachmittags die Kraftwerke des Stromnetz der Straßenbahn wieder einschalteten, damit die seit Stunden auf den Straßen stehenden Wagen den Bahnhof noch erreichen konnten. Die Tatsache, daß eine Anzahl Wagen eine Zeitlang auf offener Strecke liegen blieben, hat zu allen möglichen entstellenden Berichten Anlaß gegeben. In Wahrheit aber hatte der Verkehrsrat der Straßenbahndirektion um 12 Uhr mittags mitgeteilt, daß die Straßenbahnwagen bis um 2 Uhr im Depot sein müßten. Die Straßenbahndirektion hat aber trotzdem nicht die erforderlichen Anweisungen gegeben. Als dann die Wagen auf der Strecke liegen blieben, wurde von der Streikleitung das Angebot gemacht, durch Ueberwälzung auf die Pufferbatterien für eine Stunde Strom zu liefern. Dieses Angebot wurde vom Stadtschauspielwart nach Rücksprache mit Oberbürgermeister Böhm anfangs abgelehnt und erst nach einer Stunde angenommen.

Wenn also auch jetzt noch einige Wagen auf der Strecke liegen, so trifft die Verantwortung dafür den Verkehrsrat. Es ist auch Beunruhigung darüber entstanden, daß die Krankenhäuser unter der Stromsperrung leiden werden. Allgemein kann angenommen werden, daß die öffentlichen Krankenhäuser mit Licht versehen sind, und zwar zum großen Teil durch eigene Lichtanlagen. Wo diese fehlen, wird die Streikleitung dafür sorgen, daß die Krankenhäuser mit Strom versehen werden. Für private Krankenhäuser und Kliniken hingegen kann kein Strom geliefert werden. Um zu verhindern, daß die Baugrube der Nord-Süd-Bahn erkauft, werden — ein Zeichen hohen Verantwortungsgefühls bei den Streikenden — die Pumpen in Gang gehalten werden. Würde das nicht geschehen, so würde ein Schaden von 6 Millionen Mark entstehen.

Auch die Fernsprechanstalten sind in Mitleidenschaft gezogen worden, besonders die Amtler Hania, Norden, Rorichplatz, Centrum, Kurfürst, Bismarck, Alexander, Königsplatz und Humboldt, sowie die Fernsprechanstalten in Neukölln, Tempelhof und Weissensee.

Explosionsunglück in einer Zündholzfabrik.

Eine Arbeiterin getötet, zwei schwer verletzt.

Ein folgenschweres Explosionsunglück in einer Zündholzfabrik, das auf den unvorsichtigmäßig gehandhabten Kochprozess einer Zündholzmasse zurückzuführen wird, ereignete sich gestern in der

Fräulein.

Von Paul Enderling.

Hermann hörte nur, daß er gleich gehen konnte, und riß sein Portemonnaie aus der Tasche. „Hier, Vater.“ Julius Görke nahm den Schein und trug ihn zum Kassenschrank. Aber mitten auf dem Weg hielt er inne: Der Schein hatte an der unteren linken Ecke das winzige Kreuz, mit dem er seine Papiere zu Hause gezeichnet. Hermann sah, wie der Vater zur Glastüre ging und sie verschloß. Er hatte das Portemonnaie noch in der Hand und versuchte es zu schließen. Es war so merkwürdig schwer zu schließen. Er konnte es nicht verhindern, daß ein paar Geldstücke herausrollten. Der Vater stand vor ihm und starrte ihn an. Den Schein hatte er noch in der Hand. Hermann stand, durch den Tisch getrennt, ihm gegenüber. Was Vater nur für ein sonderbares Gesicht machte! Hermann versuchte höhnisch zu lächeln. Aber es kam nur eine Grimasse zustande. „Wo hast du den Schein her?“ fragte Vater leise. Er zischte fast. „Den Schein?“ sagte Hermann. „Ach so, den Schein, habaha —“

„Nach nicht!“ brüllte Julius Görke jäh auf. Hermann schloß sich plötzlich ganz ruhig. Sein Gehirn arbeitete mit unerhörter Konzentration. Er weiß, daß ich das Geld genommen habe, dachte er, — ich muß hinaus. Und er dachte nichts anderes. Er maß den Abstand bis zur Türe. Der Schlüssel fiel noch drin. „Du bist ein Dieb!“ brüllte Görke. „Du wirst ins Gefängnis dafür kommen.“

Nein, dachte Hermann. Dahin komme ich nicht; es gibt noch einen anderen Ausweg — noch einen anderen. „Sprich nicht so laut,“ sagte er nur. „Ich werde noch viel lauter reden. Ich werde es allen Herren im Kantor sagen, daß du ein Dieb bist, und morgen wird es ganz Danzig wissen, daß mein Sohn ein Dieb ist.“

„Es ist wohl besser, Vater, daß du die Familie nicht kompromittierst,“ sagte Hermann mit der gleichen unnatürlichen Ruhe. „Ich kann dir ja jetzt alles erzählen und reise fort. Ich

verspreche dir, daß ihr mich nicht mehr zu sehen bekommen werdet.“ „Das könnte dir so passen,“ höhnte der Vater. „Nein, erst muß der Dieb seine Strafe haben, nach Recht und Gesetz. Dann kann er gehen, wohin er will.“

„Hast du mich nicht dazu gebracht?“ Hermann sah dem Vater in die Augen. „Ach? Ach?“ Julius Görke griff nach dem großen Hauptbuch auf dem Tisch, als wolle er damit auf den Sohn einschlagen. In diesem Augenblick stürzte Hermann zur Türe. Er schloß sie auf und stürmte hinaus. Hinter sich hörte er die gellende Stimme des Vaters. „Halt! Halt! Laß ihn nicht los!“

Hermann lief dem Flusse zu. Die Fähre kam gerade an. Er steckte dem Fährmann Geld in die Hand und kam bald auf die andere Seite. Ohne sich umzusehen, lief er auf die Mole zu. Es wehte ein scharfer, eisiger Wind, der die ersten Schneeflocken mit sich trug und ihm ins Gesicht schlug. Hermann spürte es nicht. Er war wie von Blut überströmt. Einen Augenblick mußte er stehen bleiben, da sein Herz zu stark schlug. Als er sich umsah, sah er, daß der Vater und ein paar Herren auf seinem Ufer waren und andere anriefen und heftig winkten. Er sah, daß sie ihn verfolgten, und bemerkte einen Matrosen unter ihnen. Das Wehen des blauen Mützenbandes war deutlich zu sehen. Hermann drückte fest auf sein Herz und lief über die großen Quadersteine, in deren Fugen und Rissen Wasser stand. Einmal wäre er fast an dem runden Rand abgerutscht in das seichte Wasser hinein. Er erschrak und lief nun in der Mitte. Schur gerade in der Mitte. Er lief wie auf festen, geraden Bohlen. Sein Hut war längst herabgefallen. Er spürte, wie seine Haare durchnäßt waren. „Halt! Halt!“ hörte er hinter sich die heisere Stimme des Matrosen. Nun war er am Leuchtturm, an den Granitstufen sich haltend, bog er um die Spitze der Mole. Einen Augenblick dachte er, daß er hier einmal mit Fräulein gefessen hatte. . . die nun Fräulein Annemarie Lessmer hieß und bald Vothars Frau würde. Das Häuflein der Verfolger kam näher. Voran der Ma-

Der Unbekannte aus Asien.

„Es gibt doch noch gute Menschen . . .“

Merkwürdiges geschieht zuweilen in diesem großen Berlin. Oder ist es nicht sehr merkwürdig, wenn da in Schöneberg und Neukölln Jettel verteilt werden, auf denen ein „Unbekannter aus Asien“, so nennt er sich selbst, einen Aufruf an alle armen, kranken, notleidenden Brüder und Schwestern, insbesondere Arbeitslosen und Kriegsbeschädigten, erläßt und darin verspricht, eine gewaltige Lebensmittelverteilung statifinden zu lassen, wozu jeder Bedarfsmaterial, wie Körbe, Taschen usw., mitbringen solle. Am merkwürdigsten aber ist es, daß tatsächlich am Sonntagmorgen an der bezeichneten Stelle, und zwar in einem Restaurant in Schöneberg, eine nicht unbeträchtliche Menge von Lebensmitteln, als da sind: Mehl, Nudeln, Grieß, Erbsen, Salz, Kaffee und Kaffeezubeh, Weißbrötchen und Brot vollkommen unentgeltlich verteilt wurden.

Man wird immer noch geneigt sein, an einen Bluff oder einen Reklametrick zu glauben, aber wenn uns bei einem Besuch auch noch nicht alles klar wurde, manches hellte sich doch auf. Der geheimnisvolle Unbekannte aus Asien heißt nämlich bürgerlich Sonnenstern und soll aus Litauen stammen. Er hat sich offenbar mit der indischen bzw. buddhistischen Philosophie und Kunst beschäftigt und nennt, wie man das auch bei Theosophen und Okkultisten beobachten kann, Indien als seine Wahlheimat. Unser guter Sonnenstern nun übt ein Gewerbe aus, das zwar bei den Behörden, in seinem guten Ansehen steht, wohl aber bei vielen Menschen, die irgendeinen seelischen Kummer leiden: Er weisagt, und zwar aus den Linien der Hand; auch betreibt er eine Art magnetopathische Heilkunde. Die Armen und Kriegsbeschädigten berät er umsonst, die anderen bezahlen nach bestem Können. Der Mann hat großen Julauf und nimmt viel Geld ein. Das Geld aber gebraucht er, sagen wir vorsichtshalber teilweise, um dafür Lebensmittel zu kaufen, die er wieder an die arme und kranke Bevölkerung unentgeltlich verteilen läßt.

Der Elendszug im Morgengrauen.

Um 8 Uhr sollte die Verteilung sein, um 6 Uhr kamen bereits die ersten Frauen und Männer an und stellten sich in dieser fürchterlichen Kälte, die gerade über Nacht erstanden war, draußen vor dem Hause auf. Um 8 Uhr waren es etwa an die 300 Menschen, gegen 9 Uhr, als die Verteilung begann, weit über 1000.

Inzwischen wurde im Innern des Lokals alles vorbereitet. Da lagen buchstäblich große Berge von Lebensmitteln, sauberlich eingepackt. Da waren ein paar große Wäschkörbe voll frischer, appetitlicher Brötchen. An einem Tisch setzten sich zwei Pfaffen, vor der Tür postierte sich ein Ordner, der den Leuten als Ausweis einen Bon überreichte, und dann begann die Verteilung. Zuerst rief man die alten und die kranken Leute und die Schwervertriebsbeschädigten hinein. Die Tür tat sich auf und herein wandte ein Zug des Elends, daß sich einem das Herz im Leibe herumdrehte konnte. Von zwei Freunden geführt, tasteten sich zwei Kriegsblinde heran.

Zündwarenfabrik von Otto Dufedann in Weissensee auf dem Grundstück Lichterberger Straße - Verlorener Weg.

In dem Laboratorium der Fabrik war gestern mittag die 16jährige Arbeiterin Elisa Hellwig aus der Friedrichstr. 29 in Weissensee mit dem Zubereiten einer Zündholzmasse beschäftigt, als plötzlich aus noch nicht ganz aufgeklärten Ursachen eineurchbare Explosion erfolgte. Knackend stürzte ein Teil des leicht gebauten Hauses zusammen, eine mächtige Flamme schlug zum Himmel empor und die ganze Umgebung war im Nu in dichte erstickende Rauchwolken gehüllt. Als Hilfe zur Stelle war, fand man die Arbeiterin Elisa Hellwig nur noch als Leiche auf; sie war auf der Stelle getötet worden. Der 19jährige Arbeiter Herbert Schulz aus der Gürtelstr. 6 in Weissensee erlitt schwere Verletzungen an der rechten Gesichtseite, so daß seine Ueberführung nach dem Augustaviktoria-Krankenhaus erfolgen mußte. Ferner wurde die 30 Jahre alte Arbeiterin Frau Luise Opik aus der Berliner Allee 75, die Koks zum Feuerungsstiefel bringen wollte, durch das zusammenstürzende Gebäude begraben und trug schwere Verletzungen im Rücken davon. Dieses Unglück dürfte wieder einmal zu einer gründlichen Revision der kleineren Fabriken anregen, in denen feuergefährliche und Explosionsstoffe sehr oft unter Nichtbeachtung der polizeilichen Vorschriften verarbeitet werden. Vor allem ist eine sachgemäße Auf-

klärung darüber notwendig, ob die Herstellung dieser gefährlichen Dinge allein von so jugendlichen Personen geübt werden darf.

Freude am Wohltun oder . . . ? Es wird weder nach einem politischen noch einem religiösen Bekenntnis gefragt. Die Nahrungsmittel enthalten keinerlei Hinweise, Anpreisungen oder Reklamen. Auch auf der Straße unter den Menschen selber wird keinerlei Propaganda für irgendwen und irgendwas betrieben. Ueberblickt man diesen unendlichen Zug menschlichen Elends und denkt man daran, daß eine halbe Stunde entfernt auf dem Kurfürstendam und der Tauentzienstraße ein ebenso ununterbrochener Zug menschlichen Luxus hinströmt, so fühlt man mit tiefer Beschämung, wie unfähig klein und gemein diese selbstgerechte bürgerliche Gesellschaft ist, die Staat und Gemeindefürsorge Mittel verweigert, die allein imstande wären, die Not der Massen zu bannen, ohne daß sie es nötig haben, nach der Lebensmittelverteilung eines Mannes zu stehen, dessen Handlung zwar menschlich edel und rein anmutet, dessen letzte Motive aber doch nur wieder er selbst und kein anderer kennt.

Der Ermordete im Reisekoffer. Verhaftung des Täters. Ein Kapitalverbrechen, das vorgestern in dem Hause Meyer Straße 14 verübt wurde, ist gestern durch den Transport der Leiche des Ermordeten in Eberswalde entdeckt worden. Dort war auf dem Bahnhof ein Mann aufgefallen, der einen ganz durchnähten großen Reisekoffer mit sich führte. Kriminalbeamte stellten den Mann, unterzuchten den Koffer und fanden darin die Leiche eines erwachsenen Mannes. Mehrere Schußwunden und ein Knebel im Runde ließen erkennen, daß es sich um das Opfer eines Kapitalverbrechens handelte. Der Transporteur des unheimlichen Gepäckstückes wurde verhaftet und sofort eine eingehende Untersuchung eingeleitet. Die Ermittlungen ergaben, daß der Verhaftete der 28 Jahre alte Kaufmann Alfred Tiele ist, der bei einem Ehepaar Hafenthal in der Meyer Straße 14 wohnt. Der Tote in dem Koffer wurde festgestellt als sein Vize, der 46 Jahre alte Ingenieur Hafenthal. Tiele hat diesen, soweit bisher festgestellt werden konnte, erschossen und mit Hilfe der Frau Hafenthal die Leiche sodann in den großen Reisekoffer gepackt. Nachdem sie ihn dann noch verschmückt hatten, hatten sie ihn mit der Bahn nach Eberswalde hinausgeschafft.

trose. Sie gestikulierten heftig mit den Armen und schrien etwas, das er nicht verstand. Ohne zu zögern, lief Hermann in die heranstürmenden eisigen Wellen, die ihn über und über bespritzten, und sprang dann mit einem Satz in die Flut. In raschen Stößen schwamm er hinaus. Er spürte eine ungeahnte Kraft in sich und ward ihrer fast froh bewußt. Aber als sich Mantel und Kleider mehr und mehr mit Wasser vollsogen, erlahmten seine Arme. Als er merkte, daß die Kräfte ihn verließen, warf er sich hintenüber und schloß die Augen. „Sibylla“, sagte er noch einmal. Eine hohe schwarze Welle packte ihn, riß ihn hoch empor und wirbelte ihn hinab. Mitten auf der Mole stand Julius Görke. „Er ist krank,“ sagte er immer wieder. „Er ist krank. Man kann ihn doch nicht dahineinflaufen lassen. Ich zahle, was ihr wollt!“ Der alte Krüger stützte den Chef, der plötzlich merkwürdig schwach und schwer wurde, und der die Augen unnatürlich aufgerissen hielt. Als Julius Görke seinen Sohn einen Augenblick auf der Mole treiben sah, schrie er auf und sank vornüber auf die Steinmole. An allen Gliedern zitternd, versuchte Krüger den Chef emporzurufen. Es glückte ihm nicht. Eine Wölfe schoß jubelnd und schreiend in den Wind hinaus, der zum Sturm anwuchs. Eine Weile stand sie über den schäumenden Wellen still, und es schien, als ob sie über Hermanns Grab klagend kreischte. Dann flatterte sie fort in das Schneegestöber hinein.

Ausflug. Annemarie sah am Fenster — Annemarie, die einmal „Fräulein“ gewesen war und nun Frau Franzius hieß. Die Elektrischen donnerten drunten vorüber. In der kleinen Allee mit den kleinen, kümmerlichen Bäumchen, deren Kronen jetzt mitten im Sommer schon braune Spitzen zeigten, spielten Kinder um einen Sandhaufen. Drüben standen himmelhohe Häuser mit angelehten Balkons und Ertern in dicken Studerverzierungen. Es war kein schöner Blick von diesem Tag; aber wenn sie das Fenster öffnete und sich hinausbeugte, sah sie zur Rechten das Rathaus, wo ihr Mann arbeitete und Pläne für das Volkshaus eines Arbeiterortes von Berlin zeichnete. (Schluß folgt.)

